

Antrag 24/1/2020**KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Strukturabgabe für die kommunale Strukturentwicklung**

1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokrati-
2 schen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefor-
3 dert, eine Strukturabgabe in Höhe von 10% auf jegliche
4 in Deutschland online gekaufte Produkte einzuführen. Es
5 muss ein Strukturfonds eingerichtet werden, in den in
6 gleicher Höhe wie die Einnahmen eingezahlt wird, der
7 wiederum nach einem transparenten Verteilungsschlüs-
8 sel deutschlandweit den Kommunen für die Strukturent-
9 wicklung zur Verfügung gestellt wird.

10

11 Begründung

12 Der Onlinehandel macht offiziell mittlerweile bundesweit
13 und branchenübergreifend rund zehn Prozent des Einzel-
14 handelsumsatzes aus (Stand 2018), wobei seriöse Rechen-
15 beispiele regelmäßig aufzeigen, dass es genug Anlass gibt
16 anzunehmen, dass diese Summe aus steuerrechtlichen In-
17 teressen bewusst kleingerechnet wird und die tatsäch-
18 lichen Zahlen wohl noch deutlich höher liegen dürften.
19 Der Anteil des Onlinehandels am gesamtwirtschaftlichen
20 Umsatz jedenfalls steigt jedes Jahr. Darunter leiden einer-
21 seits die Kommunen, denen Umsatzsteuern von kleinen
22 und mittelständischen Unternehmen verloren gehen, so-
23 wie die Unternehmen selbst, die es sich nicht wie die we-
24 nigen großen international tätigen Unternehmen leisten
25 können, einen großen Onlinehandelsplatz einzurichten,
26 der dann auch über die notwendige Reichweite verfügt,
27 damit die Unternehmung sich rentiert.

28

29 Daraus wiederum folgt eine zunehmende und vielerorts
30 breit beklagte Verwahrlosung von Innenstädten etc. und
31 damit letztlich ein Niedergang der urbanen Kultur. Dies
32 wird bereits in vielen deutschen Städten und Gemeinden
33 sichtbar, im Westen wie im Osten, Norden wie Süden.

34

35 Eine zusätzliche Umsatzsteuer auf online erworbene Ar-
36 tikel könnte hier Abhilfe schaffen oder diese Folgen we-
37 nigstens abmildern. Das dadurch eingenommene zusätz-
38 liche Geld soll wiederum nicht in den regulären Haushalt
39 fließen, sondern zweckgebunden für die Strukturentwick-
40 lung in den Kommunen verwendet werden, um den Ein-
41 zelhandel vor Ort zu stärken und den lokalen Gemeinsinn
42 zu verbessern. Innenstädte und Einkaufspassagen mit ge-
43 nügend Freiraum sind Orte der lokalen Begegnung – einer
44 Verwahrlosung der Innenstädte nach US-amerikanischem
45 Vorbild und den damit einhergehenden sozialen Folgen
46 muss dringend Einhalt geboten werden.

47 Der Raubtierkapitalismus, verstärkt durch die digitale

Empfehlung der Antragskommission**Ablehnung (Konsens)**

48 Transformation in Form des massiv zunehmenden On-
49 linehandels, schert sich nicht darum, wie die lokale Ein-
50 zelhandelsinfrastruktur vor Ort aussieht. Im Gegenteil, je
51 geringer und schlechter das Angebot vor Ort, desto bes-
52 ser sind die Absatzchancen im Onlinegeschäft. Dabei sind
53 auch große Onlinehändler Nutznießer lokaler Infrastruk-
54 tur. Dies sollte sich auch steuerlich entsprechend nieder-
55 schlagen.